



Stellungnahme zum Antrag Nr. AT/0130/2025

Vorlage: ST/0111/2025	Datum: 03.11.2025				
Dezernat 1					
Verfasser:	01-Büro des Oberbürgermeisters / Zentrale Angelegenheiten				
Betreff:					
Stellungnahme zum Antrag der FDP-Fraktion: Mehr Sauberkeit im öffentlichen Raum					
Gremienweg:					
07.11.2025	Stadtrat TOP	öffentlich	<input type="checkbox"/> einstimmig <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> verwiesen <input type="checkbox"/> vertagt	<input type="checkbox"/> mehrheitl. Kenntnis <input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> ohne BE <input type="checkbox"/> abgesetzt <input type="checkbox"/> geändert <input type="checkbox"/> Gegenstimmen

Stellungnahme:

Sicherheit und Sauberkeit haben für die Stadt Koblenz große Bedeutung. Deshalb wird die Verwaltung auch zukünftig auf diese Bereiche großen Wert legen.

Die öffentliche Sicherheit zählt zwar zu den Kernaufgaben der Polizei, die Stadt Koblenz unterstützt die Behörden aber, um im Stadtgebiet die Sicherheit weiter zu stärken. Ein Beispiel dafür ist die Initiative "Sicherheit in unserer Stadt". Sie ist das kriminalpräventive Gremium der Stadt Koblenz und vereint ein gesamtgesellschaftliches Spektrum zur Gewährleistung und Optimierung der Sicherheit in Koblenz. Von besonderer Bedeutung ist dabei die enge Zusammenarbeit mit der Polizei, die kontinuierlich ausgebaut wird.

Da sich die sogenannten Doppelstreifen von Polizei und Ordnungsamt sehr bewährt haben und für mehr Präsenz im öffentlichen Raum sowie ein stärkeres Sicherheitsgefühl bei den Bürgerinnen und Bürgern sorgen, prüft die Verwaltung, wie dieses Konzept weiterentwickelt und ausgebaut werden kann.

In Puncto Sauberkeit hat die Verwaltung die Häufigkeit der Kontrollen illegaler Abfallablagerungen erhöht und beobachten bereits einen präventiven Effekt. In Altstadt und Innenstadt wurden die Reinigungsleistungen verstärkt: besonders nachmittags und abends sorgt der Kommunale Servicebetrieb für zusätzliche Einsätze. Gleichzeitig baut die Verwaltung über die städtischen Social-Media-Kanäle und größere Kampagnen ihre Öffentlichkeitsarbeit aus, um das Bewusstsein für Stadtsauberkeit zu schärfen.

Zudem prüft die Verwaltung die Einführung einer möglichen Verpackungssteuer. Mit der Steuer verbinden bereits andere Kommunen das Ziel, verkaufte Einwegverpackungen zugunsten von Mehrweglösungen zu reduzieren. Damit würde sich auch das Gesamtaufkommen von Abfällen im Stadtgebiet reduzieren. Gleichzeitig müssen bei der Prüfung aber auch die berechtigten Bedürfnisse von Gastronomie und Handel berücksichtigt werden. Die Verwaltung befindet sich hier in Gesprächen mit der IHK und allen Beteiligten.

Unabhängig von diesen Maßnahmen wird die Verwaltung auch zukünftig weitere Verbesserungen prüfen. Dabei können auch Vorschläge des vorliegenden Antrags aufgenommen werden. Die Verwaltung empfiehlt deshalb vor, diese Vorschläge in den zuständigen Ausschüssen zu behandeln.

Finanzielle Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen können erst nach Prüfung des Antrags beziffert werden.

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt einstimmig, die Verwaltung zu beauftragen, die im Antrag vorgeschlagenen Maßnahmen zu prüfen und das Prüfergebnis in den zuständigen Ausschüssen (z.B. Umweltausschuss, Ausschuss für Sicherheit und Ordnung oder Haupt- und Finanzausschuss) vorzustellen. In welchen Ausschüssen die Beratung erfolgt, wird aufgrund der Schnittstellen zu verschiedenen Fachämtern sowie in Abhängigkeit vom Prüfergebnis verwaltungsintern noch geklärt.